



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/157 - 12. Juli 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Vom Parteitag der SPD, München (IV)	S. 1
Zum deutsch-jugoslawischen Problem	S. 4
München: Wissenschaft und Politik - Verbündete	S. 5

## Geballte Kraft

sp. München

Nicht wenige Gegner der deutschen Sozialdemokratie erhofften sich als Ergebnis des sieben<sup>ten</sup> Nachkriegs-Parteitages eine von inneren Richtungskämpfen zerrissene, zu konzentrierter Anstrengung nicht fähige und deshalb zur politischen Ohnmacht verurteilte Partei. Gründlich wurden sie enttäuscht! Das unsinnige Gerede von einem rechten und einem linken "Flügel", die sich gegenseitig erbittert befinden, und von einer hart bedrängten "Mitte" fand sogar Niederschlag in betont seriösen Blättern; einige konstruierten einen Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion - wegen ihrer Mitwirkung an der Arbeit in den mit der Wehrgesetzgebung befassten Ausschüssen des Bundestages - und den Untergliederungen der Partei. Bei diesen wäre, hiess es in manchen Blättern, ein offener Aufstand gegen die Parteiführung ausgebrochen, der diesen Parteitag das Gepräge geben werde. Die einen vernahmten solche falschen Prophezeiungen mit offener Genugtuung, die anderen, die Freunde der SPD, mit Bestürzung und Trauer.

Aber der Parteitag hatte ein ganz anderes Ergebnis: in allen, die Strategie und Taktik der Sozialdemokratie betreffenden Fragen zeigte sich volle Übereinstimmung. Als eine in sich geschlossene, von dem leidenschaftlichen Willen zur Umgestaltung der bisherigen Regierungspolitik berufene Kraft wird die Sozialdemokratie in den Wahlkampf ziehen! Ihre Ziele sind klar, ihre Positionen sind der fliessenden innen- und aussenpolitischen Entwicklung angepasst, ihre Richtlinien für heute

und morgen sind eindeutige demokratische Alternative zur Adenauer-Glocke-Politik. Die Ablösung dieser Regierung ist eine demokratische und nationale Notwendigkeit, denn diese Regierung hat bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, der treibende Motor für ein neues und wiedervereinigtes Deutschland zu sein.

Die Entscheidung von München schlägt den Gegnern der Sozialdemokratie die Waffen aus der Hand. Der Vorwurf dieser Gegner, die größte Oppositionspartei wisse nicht, was sie wolle, sie habe keine konkreten Vorstellungen über die einzuschlagende praktische Politik und sie segele im Grunde nur im Kielwasser der Bonner Regierungspolitik - wie hat dieser Vorwurf in der Vergangenheit verwirrt! - kann nicht mehr erhoben werden. Wer es dennoch tut, schadet sich selbst. Auf die Dauer wird eine solche Art der politischen Auseinandersetzung auf unser Volk abstoßend wirken. Mit Verleumdungen, wie im Falle Schroth-Scharley, oder mit Unterstellungen, wie etwa, dass die Sozialdemokratie eine Art Vorstufe des Bolschewismus, dass sie der Feind der privaten Initiative, ein bedingungsloser Verfechter der Zwangswirtschaft und ein Gegner des Christentums sei, lassen sich ein oder zwei Wahlkämpfe bestreiten, im dritten dürfen sie nicht mehr viel Mikrowert haben. Die Meinungserforschung in den letzten Monaten bekundet es: die beharrliche, sachliche, am Notwendigen und am Möglichen sich orientierende Haltung der Sozialdemokratie trägt ihre Früchte.

Die Folgen der Einführung der Wehrpflicht, die durch Adenauer zur politischen Richtlinie erhobene Passivität in der Frage der Wiedervereinigung und das erst durch Fehler und Versäumnisse Bonnens entstandene Problem Pankow beherrschten die Diskussion der ersten Hälfte des Parteitages. Es war gut, dass sich die Diskussion um diese Kernfragen an der Wende der deutschen Politik rankte, denn so konnte sich die Geschlossenheit sozialdemokratischer Grundauffassungen überzeugend manifestieren.

Alle 388 Delegierten waren sich einig in den Forderungen:

- 1.) Das Wehrpflicht-Gesetz vom 7. Juli 1956 wird wieder aufgehoben, falls die Wähler bei den Bundestagswahlen der Sozialdemokratie die für die Erreichung dieses Zieles notwendige Stärke geben sollten.
- 2.) Die verfehlte Außen- und Wehrpolitik der Bundesregierung wird

- unter Ausnutzung der Revisionsklausel der Pariser Verträge und im Einvernehmen mit den Vertragspartnern so umgestaltet, dass die Wege für eine aktive Politik der Wiedervereinigung wieder offen werden. Niemand denkt dabei an einen Alleingang oder an ein Ausspielen des Westens gegen den Osten und des Ostens gegen den Westen. Ein wiedervereinigtes Deutschland muss seinen Platz mit Zustimmung der Westmächte und der Sowjetunion in Europa finden.
- 3.) Direkte Verhandlungen mit Pankow über eine Wiedervereinigung scheiden aus. Diese klare Absage an Pankower Hoffnungen und gewisse törichte Meinungen in der Bundesrepublik schliesst nicht aus, ein Höchstmass innerdeutscher menschlicher und technischer Beziehungen zu erstreben, um das Bewusstsein der Einheit und des Zusammenhaltes des ganzen Volkes aufrechtzuhalten und zu stärken. Die Sozialdemokratie als eine grosse der Freiheit und der Demokratie verpflichtete Kraft wird niemals die Rolle eines Blutspenders für die SED übernehmen. Der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt in Moskau. Den Sowjets ist sachlich und beherrlich der sozialdemokratische Standpunkt vorzulegen.
- 4.) Die ganze Stoßkraft der Partei ist gegen die bestehende Koalition zu richten. Ihre, der Vergangenheit zugewandte Politik steht im Widerspruch zu elementaren deutschen Lebensinteressen, erzeugt in unserem Volke soziale und politische Spannungen, die in hoher Masse abträglich für eine gesicherte Demokratie und eine freiheitliche Entwicklung sind.

Auf dem Berliner Parteitag vor zwei Jahren war die Sozialdemokratie innerpolitisch noch isoliert. Damals leuchtete noch ungeschwächt der Mythos Adenauer, schien die Geschlossenheit der Koalition ungebrochen. Die Sozialdemokratie kämpfte mit dem Rücken an der Wand.

Wie anders diesmal in München! Ein neuer Geist belebt ihre Reihen. Zuversicht und Selbstbewusstsein erfüllt ihre Streiter. Ihre Ideen, von neuen Erfahrungen geformt, im ständigen Ringen mit den Gewalten von gestern erprobt, üben eine Anziehungskraft auf alle Schichten unseres Volkes aus. Die Sozialdemokratie trägt heute alle Merkmale einer Volkspartei. Sie bietet das Bild einer Partei, die sich mit aller Kraft und mit dem Drängen zur Übernahme der Verantwortung anschnickt, an der Wende der deutschen Politik den ihr gebührenden Platz bei der Gestaltung des politischen Schicksals unseres Volkes einzunehmen.

## Jugoslawien und Deutschland

Von Hellmut Kalbitzer, MdB.

Als kürzlich das amerikanische Hilfsprogramm für Jugoslawien im USA-Senat beraten wurde, protestierte der Kommunistenfresser McCarthy dagegen, weil Tito nach Moskau gereist sei und sich dort mit der sowjetischen Regierung verständigt habe. Mr. Dulles verteidigte das Abkommen und erhielt dafür eine grosse Mehrheit im Senat. Der deutsche Bundestag dagegen lehnte am 6. Juli die Behandlung des deutsch-jugoslawischen Vertrages über wirtschaftliche Zusammenarbeit ab.

Der Widerstand ging von Vertriebenen-Organisationen aus, weil angeblich deutsche Ansprüche an Jugoslawien aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit nicht befriedigt seien. Das war nur ein Vorwand, denn der Vertrag behandelt weder das Problem der Jugoslawier-Deutschen, noch schließt er eine spätere Regelung aus. Um so engstirniger ist das Argument, denn die Nazi-Kriegsverbrecher tragen die Schuld an dem deutschen Einfall in Jugoslawien, dem dadurch entfachten Partisanenkrieg und an der schliesslichen Vertreibung der Volksdeutschen. Die Jugoslawen wie die Volksdeutschen haben schreckliche Blutopfer dafür bringen müssen.

Die Vertreibung der Deutschen - wie aller anderen Menschen - aus ihrer Heimat ist ein schweres Unrecht. Deshalb ist die SPD für die Wiedergutmachung der Naziverbrechen nach innen und nach aussen. Das wirkliche Interesse der Vertriebenen heisst: möglichst schnell Verständigung mit den Völkern ihrer früheren Heimat! Nur so ist zu hoffen, dass ihr Anliegen zur Sprache kommt.

Daneben hörte man im Bundeshaus auch weitere Einwände, etwa den: Tito sei Kommunist und habe bei seinem Moskau-Besuch die russische These über die deutsche Wiedervereinigung unterstützt. Als ob Tito jemals Grund zu der Annahme gegeben hätte, er sei kein Kommunist! Aber er hat erreicht, ein von den Machtblöcken unabhängiger Kommunist zu werden und zu sein. Das ist eine Messe wert.

Die russisch-jugoslawische Erklärung ist für uns Deutsche gerade dadurch interessant, dass Tito die Russen von ihrem Standpunkt in der Deutschlandfrage wieder abgebracht hat und nicht umgekehrt. Während die Russen nämlich die Wiedervereinigung im letzten Jahr gern als eine Frage nur der Deutschen hinstellten, heisst es in der Erklärung, die Deutschen sollten bei der Wiedervereinigung gefragt werden. Das ist doch wohl genau die Meinung auch der Bundesregierung und des Bundestages!

Deutschland ist auf die Freundschaft aller Länder angewiesen; jeder Versuch, die Zusammenarbeit zur Gleichschaltung zu missbrauchen, würde altes Misstrauen neu erwecken.

Atomplan der SPD - neue Technik, neue Politik!

U.L.- Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, so bemerkte Erich Ollenhauer in seiner Rede vor dem Münchner Parteitag, schon jetzt die Fragen des Tages einzuordnen in den grösseren Zusammenhang der neuen Epoche der "zweiten industriellen Revolution". Was das im einzelnen bedeutet, damit hat sich der Parteitag heute beschäftigt. Den Delegierten liegt der Entwurf eines Atomplanes vor, in dem die Schlussfolgerungen aus den Referaten von Prof. Carlo Schmid und Prof. Leo Branat zusammenfassend dargestellt werden.

Vor zehn Jahren noch hätte kaum jemand geglaubt, wie entscheidend die Entwicklung der Atomenergie und der Automatisierung auch die sozialistische Politik in ihren Fragestellungen und Möglichkeiten bestimmen würden. Die Wissenschaft hat in der Tat die Voraussetzungen für ein neues Zeitalter geschaffen, und sie zieht nun die Politik in den Bann ihrer Ergebnisse. Deutschland ist in dieser Hinsicht heute so etwas wie ein unterentwickeltes Gebiet, und es wird viel davon abhängen, ob sich die politische Führung unseres Landes sehr bald die im Atomplan der Sozialdemokraten enthaltene Forderung zu eigen macht, eine Atomkommission zu berufen, deren Aufgabe es ist, in der theoretischen und praktischen Fortentwicklung dieser Dinge das Steuer mit in die Hand zu nehmen. Selbstverständlich wird sich eine hier zu leistende Forschungsarbeit nicht auf den engeren Bereich der Atomwissenschaft beschränken dürfen. Mit Recht fordert der Atomplan der SPD deshalb, auch in den Geisteswissenschaften und den Naturwissenschaften, in der Medizin und Technik die Bedeutung der Forschung zu erkennen.

Einige andere Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, können hier nur angedeutet werden. Wie ist es möglich, den ungeheuren Bedarf an technisch vorgebildeten Menschen zu decken? Und wie müssen die Formen der Schul- und Berufsschulausbildung beschaffen sein? Mehr denn je gilt die Einsicht, dass es Sache der Schulen ist, die junge Generation auf die kommenden fünfzig Jahre vorzubereiten, aber kaum je mehr als wer diese Aufgabe so schwer lösbar wie heute. Es wird nicht damit getan sein, den Menschen nur Fertigkeiten technischer Art beizubringen. Ebenso wichtig ist es, schon jetzt die Möglichkeiten ins Auge zu fassen, die sich in einer veränderten Produktions- und Arbeitsordnung für den Einzelnen ergeben. Was wird der Mensch mit seiner Freizeit anfangen?

Wird er dem Sog der Massenbeeinflussungsmittel erliegen? Welche Chancen bestehen im Raum der Kultur wie der Politik, viele Kristallisationspunkte persönlicher Urteilsbildung zu schaffen?

Das Erregende dabei ist die Tatsache, dass sozialistische Politik heute bei jedem Versuch einer weiterführenden Gestaltung unausweichlich auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft angewiesen ist. Wir brauchen eine neue Art von "wissenschaftlichem Sozialismus", - nicht als ein theoretisches Schema, mit dessen Hilfe wir die Welt über einen Leisten schlagen könnten, sondern als die Fähigkeit, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zur Grundlage unserer Politik zu machen. Wissenschaftler und Arbeiter wissen heute, dass sie aufeinander angewiesen sind, und diese Tatsache wird auch in der politischen Meinungsbildung ihre Wirkung zeigen.

Die Sozialdemokraten haben in München mit ihrer Frage nach den Gegebenheiten und Chancen der zweiten industriellen Revolution auch das zweite Jahrhundert sozialistischer Politik begonnen; sie haben das Tor aufgestossen in eine Zukunft, die viel Unwägbares enthält und die wir dennoch meistern müssen. Manche Kritiker der SPD hatten geglaubt, man sei in München auf alle diese Fragen lediglich deshalb eingegangen, weil die Führung der SPD eine Auseinandersetzung um aktuelle Streitfragen gescheut habe. Diese Vermutung ist falsch und gefährlich zugleich, denn sie zeigt, wie wenig von den Bedingungen wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Art, die unser Leben in den nächsten Jahrzehnten zunehmend bestimmen werden, bisher verstanden worden ist. Wäre es nicht besser, wenn auch die Gegner der Sozialdemokraten sich Gedanken darüber machten, wie das Gespräch über die Zukunft einer modernen Gesellschaft weitergeführt werden soll? Die SPD hat den Anfang dazu gemacht.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau